

1263/AB

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde haben am 20. September 1996 unter der Nr. 1253/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Nuklearwaffenstationierung in Österreich durch einen NATO-Beitritt" gerichtet. Diese aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zunächst verweise ich auf meine Anfragebeantwortung vom 12. September 1996 (1157/AB zu 1178/J) und die darin enthaltenen Feststellungen, wonach die Bundesregierung beabsichtigt, noch vor der Übernahme des EU-Vorsitzes durch Österreich, spätestens jedoch im Laufe des ersten Quartals des Jahres 1998, dem Parlament Vorschläge für künftige sicherheitspolitische Optionen zu unterbreiten. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage des Verhältnisses zu anderen Sicherheitsorganisationen, in deren Rahmen die EU-Mitgliedstaaten ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestalten, zu beurteilen sein.

Dies bedeutet, daß die Frage, ob bzw. gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen Österreich künftig einer Sicherheitsorganisation beitreten wird, derzeit nicht aktuell ist. Sämtliche weiterführenden Erwägungen wären aber vor einer Grundsatzentscheidung bzw. vor Aufnahme diesbezüglicher Beitrittsverhandlungen bloß spekulativer Natur und somit nicht Gegenstand der Vollziehung meines Ressorts. Zu den unter 1) bis 4) gestellten Fragen möchte ich Ihnen mitteilen, daß schon heute in mehreren Nato-Mitgliedsländern, wie etwa in Dänemark, Island, Norwegen und Spanien, keine Nuklearwaffen stationiert sind und dies auch für jene Staaten, die sich im Rahmen der "Nato-Osterweiterung" um eine Aufnahme bewerben, als Voraussetzung diskutiert wird.